

Tom Erdmann
GEW Landesverband Berlin
Ahornstraße 5
10787 Berlin

Susanne Stumpenhusen
ver.di Berlin-Brandenburg
Köpenicker Straße 30
10179 Berlin

Mail: tom.erdmann@gew-berlin.de
lbz.bb@verdi.de

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 92 89
Telefax +49 30/24 00 92 60

info@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

Berliner Bank AG
Konto-Nr. 43 84 81 68 00
BLZ 100 200 00
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

Betr.: Ihr Schreiben vom 29. August 2016

13.09.2016

Sehr geehrte Frau Stumpenhusen,
sehr geehrter Herr Erdmann,

Mit Schreiben vom 29. August 2016 haben Sie sich mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen zur Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 an den Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Berlin gewandt. Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Die Antwort auf Ihre Fragen finden Sie in der Anlage auf der nächsten Seite.

Mit freundlichen Grüßen,



Sebastian Koch

Referent des Landesvorsitzenden

Antwort der Partei DIE LINKE. Berlin auf den Wahlprüfstein von GEW Berlin und ver.di Berlin-Brandenburg zur Bezahlung von VHS-Dozent*innen anlässlich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016

Unsere Fragen: Setzt sich Die Linke in Berlin aktiv ein für

- 1. die gleiche Bezahlung von VHS-Dozent*innen wie für angestellte Lehrkräfte mit vergleichbarer Qualifikation? Das würde für freiberuflich Tätige bedeuten: 60 Euro pro Unterrichtseinheit für akademisch ausgebildete VHS-Dozent*innen.*
- 2. Verhandlungen für einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen? Der Vertrag sollte das bestehende Berliner Modell der Sozialzuschläge aufgreifen, weitere Sozialstandards wie Mutterschutz und Wiedereinstiegsrecht nach Elternzeit enthalten. Wichtig ist uns auch eine VHS-Dozent*innen-Vertretung, die mit Rechten ausgestattet wird. Teilziele könnten in VHS-Ausführungsvorschriften umgesetzt werden. Unsere Präferenz: Tarifvertrag*
- 3. die Option auf Festanstellung für Dozent*innen und die Umwandlung von arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung in Anstellungsverhältnisse?*
- 4. eine Aufnahme der Punkte 1, 2 und 3 in den Koalitionsvertrag?*

Zu 1. bis 4.:

DIE LINKE. Berlin unterstützt vom Grundsatz her die Forderungen der Berliner VHS-Dozent*innen. In unserem Wahlprogramm für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 heißt es dazu in Kürze:

„Musikschulen und Volkshochschulen erfüllen für das Land Berlin einen Bildungsauftrag. Die dort beschäftigten Lehrkräfte haben eine hohe Qualifikation und doch können die meisten von ihnen nicht ohne staatliche Unterstützung leben. Ihnen droht Altersarmut. Zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung fordern wir eine Anpassung der Feststellungs-Quote in Musik- und Volkshochschulen an den Bundesdurchschnitt von 75 Prozent.“

Darüber hinaus wäre der Abschluss eines Tarifvertrages für die arbeitnehmerähnlich beschäftigten VHS-Dozent*innen zwischen dem Senat und den gewerkschaftlichen Vertretungen der VHS-Dozent*innen eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung und dauerhafte Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse.

Die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus hat gemeinsam mit der Piratenfraktion bereits 2012 einen Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an Musikschulen und Volkshochschulen eingebracht. Er wurde in einer, von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU sehr reduzierten Fassung, die das ursprüngliche Anliegen, Verbesserungen für die Honorarkräfte zu erreichen, nicht mehr erkennen ließ, beschlossen. Das spiegelt auch der hierzu vom Senat vorgelegte Bericht wider.

DIE LINKE. Berlin wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode sowohl für die Erhöhung der Quote der festangestellten Dozent*innen und Lehrkräfte an VHS und Musikschulen als auch für den Abschluss von Tarifverträgen für die arbeitnehmerähnlich Beschäftigten an beiden Einrichtungen einsetzen.